

Raus aus der Kohle – rein in die Zukunft!

Positionspapier der NaturFreunde Deutschlands

beschlossen auf der Frühjahrstagung des Fachbereichs Naturschutz,
Umwelt und Sanfter Tourismus am 21. April 2013, in Rietschen

Die NaturFreunde Deutschlands fordern ein schnelles Ende des Braunkohleabbaus in Deutschland. Spätestens im Jahr 2040 muss die Förderung von Braunkohle und ihre Nutzung in Kraftwerken zur Stromgewinnung auslaufen. Neue Tagebaue darf es schon heute nicht mehr geben.

Die Braunkohlenutzung widerspricht den klimapolitischen Zielen Europas und der in Deutschland beschlossenen Energiewende, zerstört Natur und Landschaften, ist ein eklatanter Verstoß gegen die europäische Wasserrahmenrichtlinie und verträgt sich nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung. In den nächsten Jahren müssen deshalb neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bevölkerung in den bisherigen Braunkohlerevieren – zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien (Photovoltaik und Windenergie) und im nachhaltigen Tourismus – geschaffen werden. Statt in neue Tagebaue zu investieren, sollte der Stromkonzern VATTENFALL zukunftsfähige Arbeitsplätze fördern.

Die Probleme ergeben sich insbesondere aus den Anlagen in der Lausitz in Brandenburg und Sachsen, wo 33 Prozent der deutschen Braunkohle gefördert werden. Die CO₂-Emissionen pro Kilowattstunde betragen bei den Lausitzer Kraftwerken zwischen 1.000 und 1.200 Gramm. Allein das Kraftwerk Jänschwalde bei Peitz hat (2006) 23,7 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen, Boxberg 15,5 Millionen, Schwarze Pumpe 12,2 Millionen Tonnen. Die Verbrennung von Braunkohle in Deutschland produziert insgesamt 175 Millionen Tonnen CO₂ jährlich. Zum Vergleich: Ganz Deutschland hat (2011) über alle Wirtschaftsbereiche 802 Millionen Tonnen emittiert.

Der schwedische Staatskonzern VATTENFALL will in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz fünf weitere Tagebaue erschließen: Jänschwalde-Nord, Welzow-Süd, Nochten II, Spremberg-Ost und Bagenz-Ost. Der Kohleabbau soll in den Jahren 2025 bzw. 2035 beginnen. VATTENFALL setzt noch immer auf das hochumstrittene Verfahren der Abscheidung und Lagerung von CO₂ in unterirdischen Kavernen (CCS), das in Deutschland bisher nicht zugelassen ist und schon angesichts der Dimension der CO₂-Emissionen nicht in Frage kommt. Die Anwendung dieses Verfahrens würde zudem erhebliche Folgen für die Stabilität des Untergrundes und das Grundwasser bedeuten.

Bereits heute droht im Biosphärenreservat und UNESCO-Weltkulturerbe Spreewald eine ökologische Katastrophe. Der Spreewald droht zu „verockern“ – rostroter Schlamm verändert den Fluss und seine Kanäle. Betroffen ist eine Fläche von 900 Quadratkilometern. Das sind zunächst die Folgen des Braunkohletagebaus in der DDR. Im Lausitzer Boden lagert in der Braunkohle auch das Eisensulfid Pyrit. Wird das von den riesigen Abraumbaggern an die Luft gefördert, oxidiert es zu Sulfat und Eisenhydroxid. Die jüngsten Hochwasser haben das zuvor für den Tagebau abgesenkte Grundwasser stark ansteigen lassen und Sulfate und Eisenverbindungen in die Gewässer ausgespült. Gleichzeitig bedeutet die Absenkung des Grundwassers in neuen Tagebauen eine akute Gefährdung der Trinkwasserversorgung in der Region.

In den Fließgewässern hat der Eisenocker katastrophale Auswirkungen: Er verklebt Fischen die Kiemen. Das Sulfat versauert die Gewässer und den einzigartigen gewässerökologischen Lebensraum. Sichtbar werden die langfristigen Risiken auch an den längst bestehenden Tagebauseen. Selbst Gewässer wie der Senftenberger See drohen umzukippen, d.h. ins extrem saure Milieu umzuschlagen. Böschungskanten, insbesondere an Gewässern, rutschen auch noch nach Jahrzehnten ab und gefährden Menschenleben. Jeder neue Tagebau würde diese Probleme weitere 100 Jahre in die Zukunft verlängern. Die ökologischen und sozialen Kosten des Braunkohleabbaus hätte weiterhin die Allgemeinheit zu tragen. Der die Umwelt schädigende Abbau und die Verbrennung der Braunkohle beeinträchtigen die biologische Vielfalt und damit auch Tourismus und Kultur in der Region, die Grundlage für Arbeitsplätze in der Zukunft sein könnten.

Es ist auch nicht einzusehen, warum – wie in den vergangenen Jahrzehnten – Dutzende von Dörfern abgesiedelt werden, um eine inzwischen veraltete Technologie zu fördern. Bis 2007 fielen dem Tagebau 135 Ortschaften ganz oder teilweise zum Opfer. 23.000 Menschen mussten „umziehen“. Deshalb darf es keine Genehmigungen für neue Tagebaue geben. Der Verlust an Heimat und sozialen Bindungen darf in Zukunft nicht mehr hingenommen werden. Ein besonderer Schutz sollte der einzigartigen sorbischen/wendischen Kultur gelten, die durch den Tagebau bereits existenzielle Verluste hinnehmen musste.

Kontakt:

Eckart Kuhlwein

Mitglied des Bundesvorstands

Fachbereichsleiter Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus

Warschauer Str. 58a/59a

10243 Berlin

kuhlwein@naturfreunde.de

www.umwelt.naturfreunde.de